

**Vorlage  
für die Sitzung  
der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz  
am 30.10.2018**

**Hebammenversorgung im Land Bremen,  
Berichtsbitten der Fraktionen der FDP und der CDU**

**A - Problem**

Die Fraktion der FDP hat um einen kurzen Sachstandsbericht zur Hebammenversorgung im Land Bremen gebeten.

„Wie jetzt bekannt wurde, werden seit diesem Jahr keine neuen Hebammen mehr an der Hebammenschule in Bremerhaven am Klinikum Reinkenheide ausgebildet. Grund dafür ist vermutlich der in 2020/2021 startende Studiengang an der Hochschule Bremen.

Bremerhaven wird damit nicht nur einer fachlichen Aufgabe und um qualifiziertes Personal beraubt, auch für Hebammen und junge Mütter ist dieser Umstand besorgniserregend. Denn wenn die Ausbildung 2020 startet wird der letzte Ausbildungsjahrgang von der Hebammenschule gehen. Somit entsteht für den ersten Studiendurchgang eine Zeit ohne Absolventen und ein Ausbildungsvakuum. Für einen Zeitraum von ca. 3 Jahren wird es keine neu ausgebildeten Hebammen mehr im Land Bremen geben. Das bedeutet, wenn 2024 die ersten Absolventinnen und Absolventen die Hochschule verlassen fehlen dem Land Bremen mindestens 45 Hebammen!

Vor diesem Hintergrund bitten wir, neben einem kurzen Sachstandsbericht, um Bericht zu nachfolgenden Punkten:

1. Inwiefern war die Situation wie oben beschrieben geplant?
2. Wie schätzt der Senat den Umstand ein, dass ein Zeitraum ohne Absolventen zu einer Lücke und Verschärfung in der ohnehin angespannten Hebammenversorgung führen wird?
3. Wie können, unter den gegebenen Umständen, in den kommenden Jahren mittelfristig Versorgungslücken verhindert werden?

4. Gibt es bereits Gespräche zu einer Entschärfung der Situation?
  - a. Wenn ja, mit wem und worüber?
  - b. Wenn nein, warum nicht?“

Die Fraktion der CDU hat um einen Sachstandsbericht zum Gespräch mit den Klinikdirektoren über die Hebammenversorgung gebeten.

## **B - Lösung**

Die Fragen werden wie folgend beantwortet:

Zu 1.) Die Hebammenschule in Bremerhaven bietet seit langen Jahren alle drei Jahre einen Kurs für die Ausbildung zur Hebamme (16 Ausbildungsplätze) an. Die Anzahl der Ausbildungsplätze wurde seit Beginn der Hebammenausbildung im Land Bremen im Krankenhausplanungsausschuss beraten und beschlossen. Im aktuell laufenden Kurs (seit 1.6.2017) werden zurzeit 20 Hebammen und Entbindungspfleger – 4 Plätze wurden 2017 zwischenbeschrieben – ausgebildet, die im Frühjahr 2020 ihren Abschluss erhalten werden.

Da die Hebammenausbildung laut EU Richtlinie 2013/55 ab 2020 zu akademisieren ist, plant die Hochschule Bremen derzeit ab dem Wintersemester 2020/2021 einen Bachelorstudiengang zu implementieren. Als Grundlage hierzu arbeitet das Bundesgesundheitsministerium in einer Bund-Länder-Begleitgruppe an der gesetzlichen Novellierung der Hebammenausbildung auf akademischer Basis.

2.) Aufgrund der oben genannten Rahmenbedingungen ist eine Fachkräftelücke für die kommenden Jahre im Bereich der Hebammenversorgung zu erwarten. Zu dieser Aussage kommt auch der Monitoringbericht des SOCIUMS, der am 12.06.2018 der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vorgestellt wurde. Dazu gibt es aktuell Meldungen der Krankenhäuser, dass die derzeitige Besetzung der Hebammenstellen sehr schwierig ist.

3.) Mit den ersten AbsolventInnen des Studiengangs können pro Jahr 20 Hebammen und Entbindungspfleger den Abschluss erlangen. Dadurch wäre die Anforderung von jährlich 15 neu ausgebildeten Hebammen – die nach Bericht des SOCIUMS erforderlich wären - erfüllt.

Darüber hinaus sind Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen sowie eine Regelung zur Haftpflichtversicherung unerlässlich.

Zu 4. und Berichtsbite der CDU) Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz hat bis zum jetzigen Zeitpunkt zwei Gesprächsrunden mit den Leiterinnen und Leitern der geburtshilflichen Kliniken und den Geschäftsführungen durchgeführt, um das Problem in Gänze zu analysieren. Im Ergebnis wurde am 19.10.2018 vereinbart einen „Ar-

beitskreis Geburtshilfe“ unter Einbezug der Krankenkassen, des Hebammenlandesverbands, dem Berufsverband der Frauenärzte, Vertreterinnen und Vertretern der geburtshilflichen Kliniken sowie der Behörde einzuberufen, um kurzfristige Maßnahmen umzusetzen.

Zurzeit prüft die Hebammenschule Bremerhaven, ob es möglich ist, einen weiteren Kurs in 2019 zu beginnen. Dabei muss die Kompatibilität zum Studiengang sichergestellt werden.

### **C - Alternativen**

Keine.

### **D - Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung**

Keine finanziellen Auswirkungen. Bei diesem Thema sind hauptsächlich Frauen betroffen.

### **E - Beteiligung / Abstimmung**

Nicht erforderlich.

### **F - Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Zur Veröffentlichung geeignet.

### **G - Beschlussvorschlag**

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht zur Kenntnis.